

Jutta Endrusch ist verstorben

Nachruf – der DBB NRW trauert

Am 8. April 2021 ist vollkommen unerwartet die 2. Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes und Tarifunion Nordrhein-Westfalen, Jutta Endrusch, verstorben.

Als 2. Vorsitzende des nordrhein-westfälischen Landesbundes hat sich **Jutta Endrusch** über viele Jahre gewerkschaftlich engagiert und war auch in den Gremien des DBB NRW vertreten. Ihr gewerkschaftliches Engagement erstreckte sich ebenso auf die Bundesebene des dbb beamtenbund und tarifunion und insbesondere auf die dbb bundesfrauenvertretung, wo sie sich als stellvertretende Vorsitzende für die Belange der weiblichen Mitglieder unermüdlich eingesetzt hat.

Im Bereich der Schul- und Bildungspolitik sowie für den Bereich der Berufspolitik war Jutta Endrusch für den DBB NRW und auch für ihre Fachgewerkschaft, den Verband Bildung und Erziehung (VBE) Nordrhein-Westfalen, aktiv. Neben ihrer Tätigkeit als Rektorin einer Hauptschule setzte sie sich auch als Mitglied des Hauptpersonalrats für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen ein.

Auch in schwierigen politischen Gesprächen mit der Lan-



Jutta Endrusch

© F. Windmüller

desregierung standen für Jutta Endrusch die Interessen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in NRW im Vordergrund. Sie war eine streitbare und hart in der Sache diskutierende Weggefährtin.

Der Deutsche Beamtenbund Nordrhein-Westfalen verliert mit ihr eine starke, selbstbestimmte, ehrliche und ins-

besondere herzliche Kollegin, die fest mit ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit für den DBB NRW verbunden war. Ihr selbstloser Einsatz, ihre selbstverständliche Hilfsbereitschaft und ihr Ideenreichtum wird allen, die sie kannten, in Erinnerung bleiben.

Sie wird uns fehlen.

JDS

Gesellschaftspolitisch stehen wir vor großen Herausforderungen

Zentrales Thema bei der DBB NRW Hauptvorstandssitzung: Einkommensrunde 2021

„2021 ist und bleibt ein dynamisches Jahr“, sagte **Roland Staude**, Vorsitzender des

Deutschen Beamtenbundes und Tarifunion Nordrhein-Westfalen zu Beginn seines

DBB intern



Roland Staude bei der Eröffnung des Landeshauptvorstandes

© DBB NRW (2)

3 Drei Fragen an Thomas Kutschaty

Neuer SPD NRW Vorsitzender bezieht Stellung



4 Neues von der Jubiläumsszuwendung

Entfristung der Jubiläumsszuwendungsverordnung geplant



6 Die Kitas sind voll

Sandra van Heemskerck spricht Klartext



gewerkschaftlichen Lageberichtetes zur Berufspolitik, nicht zuletzt auch mit Blick auf die noch immer andauernde Pandemie, bei der digitalen Sitzung des Hauptvorstandes seines Landesverbandes am 21. April 2021.

Die Bewältigung der Pandemie koste den Bund, die Länder und die Kommunen eine Menge Geld (Kurzarbeitergeld, Septemberhilfen, Novemberhilfen etc.). Man gewinne aber den Eindruck, dass Geld einfach da ist. Dies suggeriere zumindest aktuell die Politik, so Staude. „Doch die Realität ist eine andere. Das noch in 2020 prognostizierte Wirtschaftswachstum von fast sechs Prozent wird nach den jüngsten Zahlen so nicht stattfinden.“

„Wir werden in NRW eine Zuspitzung in Fragestellungen zum öffentlichen Dienst ab Spätsommer erfahren“, vermutet der DBB NRW Vorsitzende. Nicht nur, dass die Einkommensrunde anstehe, sondern weil es auch um Umsetzungen von Urteilen des Bundesverfassungsgerichtes und um eine echte Attraktivitätssteigerung für den öffentlichen Dienst in NRW gehe. Roland Staude: „Spätestens nach der Bundestagswahl im September wird die Frage seitens der Politik gestellt werden: Wer wird das alles bezahlen?“

Homeoffice, FlexWorks und mobiles Arbeiten

Andrea Sauer-Schnieber, stellvertretende DBB NRW Vorsitzende, thematisierte „Homeoffice, FlexWorks und mobiles Arbeiten“. Dies habe bereits und werde unseren Arbeitsalltag nachhaltig und stark verändern. Die Folgen, die sich daraus ergeben, seien vielfältig und noch nicht abschließend erkennbar.

„Je nach Auswahl des Modells ergeben sich unterschiedliche Anforderungen an den Arbeitsplatz und an die arbeitsrecht-



Andrea Sauer-Schnieber

lichen Bedingungen“, so Sauer-Schnieber. Auch die Anforderungen an arbeitschutzrechtliche Bestimmungen würden variieren.

Der DBB NRW habe hieraus verschiedene Handlungsfelder identifiziert, so zum Beispiel die „Erfordernis von Dienstvereinbarungen zur Neuordnung der Arbeitswelt“, „Wer arbeitet wann, wie und wo?“, „Ausstattung der flexiblen Arbeitsplätze“, „Gesundheitsschutz“, „Führung auf Distanz“ und das Handlungsfeld „Beurteilungen“.

Diese Themen würden unter anderem auch im Rahmen einer Projektarbeit an der Hochschule für Polizei und Öffentliche Verwaltung NRW im Auftrag des DBB NRW unter der Überschrift „Homeoffice im öffentlichen Dienst-Veränderungen durch die beziehungsweise in der Corona-Pandemie“ behandelt, so die stellvertretende Vorsitzende.

Andreas Hemsing, Vorsitzender der DBB NRW Kommission und Mitglied des DBW NRW Vorstandes, berichtete zunächst über die Ergebnisse der Tarifverhandlungen im TVöD. „Mit dem Tarifabschluss für Beschäftigte von Bund und Kommunen wurde das in der Corona-Situation Mögliche erzielt. Vor allem haben wir Verschlechterungen für die Kolleginnen und Kollegen verhindern können“, so Hemsing.

Allerdings fehle der Blick auf die dringend notwendige Fachkräftegewinnung und die alarmierende demografische Lage. Der Fachkräftemangel werde eklatant, so der Vorsitzende der DBB NRW Tarifkommission, wenn in den kommenden zehn Jahren die geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand eintreten. „Wir sprechen von rund 500 000 Beschäftigten, die alleine aus der kommunalen Welt ausscheiden!“

Diese Punkte gehörten klar auf die Agenda für die Tarifverhandlungen 2022, meinte Andreas Hemsing. Neben einer besseren Bezahlung müssten sich die Rahmenbedingungen im öffentlichen Dienst unbedingt verbessern.

Tarifrunde der Länder

Zu der bevorstehenden Tarifrunde der Länder unterstrich er die Besorgnis des DBB NRW

Vorsitzenden. „Wir rechnen mit harten Verhandlungen im Herbst“, so Andreas Hemsing. Dann gelte es, die Interessen der Länderbeschäftigten in den Fokus zu rücken. Natürlich hätten die Ergebnisse dort immer großen Einfluss auf die verbeamteten Kolleginnen und Kollegen. Hemsing: „Wir brauchen dringend die Parallelität in der Einkommensentwicklung.“

Schließlich wies er noch auf die Sitzung der Landestarifkommission und der Fachgewerkschaften am 21. Juni 2021, sowie die Forderungsfindung der dbb Bundestarifkommission am 26. August 2021 hin.

Mathia Arent-Krüger, die Vorsitzende der DBB NRW Seniorenvertretung, legte ihren Bericht vor und kündigte unter anderem das nächste Seniorenseminar 9. bis 11. Dezember 2021 – hoffentlich als Präsenzveranstaltung – an.

Die neue Vorsitzende der DBB NRW Frauenvertretung, **Diana Wedemeier**, berichtete zunächst über die Neuwahlen der Frauenvertretung, bei denen neben ihr als stellvertretende Vorsitzende **Susanne Mosbach** und **Tanja Küsgens** gewählt worden sind. Das DBB NRW Magazin hat in seiner Aprilausgabe darüber berichtet.

Außerdem wies Wedemeier darauf hin, dass sie mit einer der beiden neuen Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die



Andreas Hemsing

Grünen, Josephine Paul, am 20. April 2021 ein erstes Gespräch geführt hat. Die erste Sitzung der neuen Frauenvertretung findet am 4. Mai 2021 statt.

Der Landesjugendleiter **Moritz Pelzer** berichtete über die Aktivitäten seines Jugendverbandes dbb jugend nrw und kündigte den (virtuellen) 20. Landesjugendtag am 23. April 2021 unter dem Motto „Öffentlicher Dienst: WIR regeln das!“ an. Da bei dieser Veranstaltung Pelzer nicht wieder kandidieren wird, bedankte sich Roland Staude bei ihm für die gute, vertrauensvolle Zusammenarbeit und wünschte ihm für seine berufliche Zukunft alles Gute.



Berufspolitik

Wünsche und Hoffnungen müssen wieder Wirklichkeit werden können

Drei Fragen an den Partei- und Fraktionsvorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) im Land Nordrhein-Westfalen **Thomas Kutschaty** (Mdl).

Der Deutsche Beamtenbund Nordrhein-Westfalen gratuliert Thomas Kutschaty zu seiner Wahl als neuer Landesvorsitzender der SPD NRW. Das DBB NRW Magazin hat aus diesem Anlass drei Fragen den Partei- und Fraktionsvorsitzenden gestellt.

DBB NRW Magazin: Welche Ziele haben Sie sich persönlich als neuer Vorsitzender der SPD NRW gesteckt?

Thomas Kutschaty: Die SPD muss in NRW Anwältin und Architektin zugleich sein. Schon vor der Pandemie hatten immer mehr Menschen im Alltag zu kämpfen. Die Krise hat dann leider gezeigt, dass die wirklichen Leistungsträgerinnen und Leistungsträger der Gesellschaft viel zu schlecht bezahlt werden. Ihre Anerkennung muss uns mehr wert sein.

Gleichzeitig ist niemand damit zufrieden, wenn immer



wieder nur das Mindeste herauspringt. Alle wollen in einer lebenswerten Umwelt leben, vielleicht in einer schöneren Wohnung, sich

auch mal etwas leisten können vom Verdienten wie zum Beispiel Urlaub. Die Perspektive geht der Politik gerade etwas verloren, finde

ich. Sozialdemokratie heißt aber auch: Wünsche und Hoffnungen müssen wieder Wirklichkeit werden können.

DBB NRW Magazin: Inwieweit schließen Sie sich der vom DBB NRW geforderten Attraktivitätsoffensive für die nordrhein-westfälischen Beschäftigten in der Landesverwaltung an?

Thomas Kutschaty: Wir müssen uns dringend um die Attraktivität des öffentlichen Dienstes kümmern. 17 000 offene Stellen im Land sprechen eine deutliche Sprache: Der öffentliche Dienst ist gerade nicht attraktiv genug. Und von der Landesregierung sehe ich hier im Augenblick gar nichts. Wir erleben doch gerade, wohin die sogenannte Entfesselung und „Privat vor Staat“ führt. Wenn wir unsere Gesundheitsverwaltung erst kaputtsparen, dürfen wir uns nicht wundern, dass wir in der Pandemie an die Grenzen stoßen.

Dieses Mantra hat aber auch dafür gesorgt, dass Straßen, Brücken und Wohnraum nicht geplant werden konnten oder Steuerhinterzieher ein einfacheres Spiel haben. Die Verwaltung leistet für unser Allgemeinwohl sehr viel. Zur Wahrheit gehört aber auch: Das ist nicht nur Schuld dieser Landesregierung.

Aber gerade in der Pandemie hat diese Landesregierung zu wenig für die Beschäftigten getan. Wie lange mussten die Kolleginnen und Kollegen auf Tests warten? Wieso werden

manchen Berufsgruppen bevorzugt geimpft, andere nicht? Darüber hätte die Landesregierung ja mit dem DBB und den Gewerkschaften sprechen können, ist aber nicht passiert. Der Tiefpunkt war für mich erreicht, als der Finanzminister uns geschrieben hat, dass die Tests für die Bediensteten des öffentlichen Dienstes „nachrangig“ seien. Was soll man dazu noch sagen?

DBB NRW Magazin: Steht die SPD NRW unter Ihrer Führung hinter den derzeitigen Alters- und Sozialversicherungssysteme-

men für Beamtinnen und Beamte?

Thomas Kutschaty: Das System hat sich bewährt. Trotzdem muss es an den Stellen verbessert werden, wo Beamtinnen und Beamten durch das Raster fallen.

Wir haben bereits 2019 einen Gesetzentwurf für die Einführung einer pauschalen Beihilfe vorgelegt und dazu viele positive Rückmeldungen der Beschäftigten erhalten. Dies betrifft gerade solche Beschäftigten mit Vorerkrankungen oder Kindern,

die sich nicht so einfach privat versichern können. Es muss möglich sein, dass auch Beamtinnen und Beamte eine Unterstützung vom Dienstherrn erhalten, wenn sie sich selbst für die gesetzliche Krankenversicherung entscheiden wollen. In vielen Bundesländern ist das inzwischen möglich.

Beim Thema Pensionsfonds muss die Regierung sich an ihren eigenen Versprechen im Wahlkampf messen. Sie wollten den jährlichen Beitrag dazu deutlich erhöhen, das Gegenteil ist geschehen. ■

Neues von der Jubiläumszuwendung

Entfristung der Jubiläumszuwendungsverordnung geplant

Die Landesregierung hat den Deutschen Beamtenbund Nordrhein-Westfalen zur beabsichtigten Entfristung der zunächst nur bis zum 30. Juni 2021 gültigen Jubiläumszuwendungsverordnung angehört. Damit wäre es möglich, dass Beamtinnen und Beamte im Land Nordrhein-Westfalen nach Erreichen bestimmter Dienstzeiten auch weiterhin eine Jubiläumszahlung erhalten.

Es war ein beachtlicher Erfolg des nordrhein-westfälischen Beamtenbunds, als im Zusammenhang mit der Dienstrechtsreform mit Wirkung zum 1. Juli 2016 die Gewährung einer Jubiläumszuwendung für Beamtinnen und Beamten in NRW (wieder) eingeführt worden ist. Wurde hiermit doch eine Forderung des DBB NRW erfüllt. Der Beamtenbund hatte sich nämlich nicht zuletzt im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zum Dienstrechtmodernisierungsgesetz im Jahr 2016 hierfür vehement eingesetzt.

Die Verordnung sieht insbesondere folgende Jubiläumszuwendungen vor:

- bei einer Dienstzeit von 25 Jahren 300 Euro,
- bei einer Dienstzeit von 40 Jahren 450 Euro und
- bei einer Dienstzeit von 50 Jahren 500 Euro.

Allerdings ist die Gültigkeit dieser Verordnung – wie bei solchen Verordnungen üblich – auf fünf Jahre, also bis zum 30. Juni 2021, befristet. Der DBB NRW hat in seiner Stellungnahme daher die beabsichtigte Entfristung, also die zeitlich unbegrenzte Gültigkeit, ausdrücklich begrüßt. „Etwas anderes wäre den Beamtinnen und Beamten auch angesichts dessen, dass sich der öffentliche Dienst gerade jetzt wieder in der pandemiegeprägten Zeit als belastbare und verlässliche Säule zum Funktionieren des Staatswesens beweist, schlechthin nicht vermittelbar“, so der Erste

Vorsitzende des DBB NRW, **Roland Staude**.

Der nordrhein-westfälische Beamtenbund hat aber zusätzlich darauf hingewiesen, dass die Höhe der Beträge angepasst werden muss. Roland Staude hierzu: „Eine maßvolle Erhöhung ist sowohl haushälterisch darstellbar als auch in der

Sache notwendig und angemessen.“

Nunmehr bleibt die Umsetzung durch die Landesregierung abzuwarten. *MP*



Grundrente, Rentenerhöhung 2021 und Reform der Pflegeversicherung

Sitzung der Landesseniorenvertretung am 30. März 2021

Alle hatten gehofft, sich zur ersten Sitzung der Landeseniorenvertretung in Präsenz zu treffen, leider ließ das Coronavirus dies nicht zu und so fand die Sitzung als Videokonferenz statt.

Zunächst berichtete der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen, **Roland Staude**, über Themen und Aktivitäten des DBB NRW, zum Beispiel über die Urteile des Bundesverfassungsgerichts vom 4. und 5. Mai 2020 und die Fortschritte der Umsetzung, die Attraktivitätsoffensive Öffentlicher Dienst und die Einkommensrunde 2021 zum TV-L.

Die Vorsitzende der DBB NRW Seniorenvertretung, **Mathia**

Arent-Krüger, fuhr fort mit aktuellen Informationen aus dem dbb bund und der Politik.

Sie informierte zunächst über das am 1. Januar 2021 in Kraft getretene Gesetz zur Grundrente. Mit der Neuregelung sollen circa 1,3 Millionen Rentnerinnen und Rentner einen individuellen Zuschlag zur Rente erhalten.

Nach einem Bericht über die in 2021 erfolgte Rentenerhöhung



Mathia Arent-Krüger, Vorsitzende der DBB NRW Seniorenvertretung

berichtete Arent-Krüger noch über die Reform der Pflegeversicherung, bei der sich der dbb in zahlreichen digitalen Treffen und Gesprächen mit dem Ge-

sundheitsministerium für eine nachhaltige Reform (inklusive Finanzreform) der Pflegeversicherung trotz der Corona-Pandemie eingesetzt hat. **MAK**

Service

Wussten Sie schon?

Frauen verdienten 2020 in NRW 18 Prozent weniger als Männer

Mit einem durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von 18,54 Euro verdienten Frauen in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2020 rund 18 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen (22,56 Euro).

Dies teilte Information und Technik Nordrhein-Westfalen als Statistisches Landesamt mit. Der Gender Pay Gap sei allerdings nicht gleichzusetzen mit einer Lohndiskriminierung weiblicher Beschäftigter in dieser Höhe, da er keine Auskunft über die Ursachen des geschlechtsspezifischen Verdienstabstands gebe, so IT.NRW.

In seinem Wert kommen nicht nur Differenzen in der individuellen Entlohnung zum Ausdruck, sondern vor allem Unterschiede in den

Beschäftigungsstrukturen von Frauen und Männern. So sind beispielsweise 6,6 Prozent der Frauen als Führungskräfte tätig, während dies auf 12 Pro-

zent der Männer zutrifft. Hinzu kommt, dass 56,8 Prozent der Frauen in Teilzeit oder in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen arbeiten, die häufig schlechter entlohnt werden als Frauen in Vollzeit. Gleiches trifft jedoch „nur“ auf 16,1 Prozent der Männer zu. ■



Leserbrief zum Artikel: Wussten Sie schon?

„NRW-Pflegeeinrichtungen beschäftigten Ende 2019 über fünf Prozent mehr Personal als zwei Jahre zuvor“ in der Ausgabe 04/21

Der Verfasser des Leserbriefes weist daraufhin, dass zum gleichen Zeitraum die Anzahl der Pflegebedürftigen von 351 804 auf 394 841 gestiegen sei. Das entspräche einem Anteil von circa 12 Prozent. Dies bedeute also letztendlich, dass Pflegepersonal eingespart worden sei.

Kurz nachgefragt ...



© privat

... bei Sandra van Heemskerck, stellvertretende Landesvorsitzende der komba gewerkschaft nrw und Vorsitzende des Bundesfachbereiches Sozial- und Erziehungsdienst der komba gewerkschaft

? *Wie ist die derzeitige Situation der Erzieherinnen und Erzieher in den Kindertagesstätten in Nordrhein-Westfalen?*

Tatsächlich befindet sich das Kitapersonal seit geraumer Zeit in einem Wechselbad der Gefühle. Da ist einerseits der große Wunsch, dass frühkindliche Bildung und pädagogische Arbeit endlich wieder wie gewohnt stattfinden können. Denn die Beschäftigten fragen sich natürlich, wie sich die aktuelle Situation auf die Kinder auswirkt.

Kitabeschäftigte arbeiten als einzige Berufsgruppe überwiegend ungeschützt

Andererseits herrscht Sorge um die eigene Gesundheit. Die Infektionsgefahr ist ständig präsent. Alle Kitabeschäftigten arbeiten seit Beginn der Pandemie als einzige Berufsgruppe überwiegend ungeschützt. Die früheren Impfungen und die ausgeweitete Teststrategie sind daher absolut richtig.

Zu großem Unverständnis führt allerdings die ungleiche Behandlung der Bildungssysteme Kita und Schule. Während die Schulen zeitweise in Distanz- oder dauerhaft in Wechselunterricht sind, bleibt in den Kitas der eingeschränkte Regelbetrieb bestehen. De facto bedeutet das: Die Einrichtungen sind voll.

Über all das wächst der Unmut unter den Beschäftigten jeden Tag ein bisschen mehr. Alarmiert nehmen wir die Stimmen wahr, die mit dem Gedanken spielen, sich beruflich zu verändern und das System Kita zu verlassen. Bereits vor Corona gab es akuten Fachkräftemangel. Diese Situation hat sich nochmals verschärft.

Strategien für das Hier und Jetzt

Was die Kitabeschäftigten brauchen, sind Strategien für das Hier und Jetzt. Was sie darüber hinaus benötigen, ist die notwendige Perspektive für die Zeit nach der Pandemie. Das alles muss vorbereitet und geplant werden. Wertschätzende Worte schützen nicht vor Corona und sie führen keineswegs zu verbesserten Arbeits- und Rahmenbedingungen. ■



© Landtag NRW

... bei André Kuper, Präsident des Landtag Nordrhein-Westfalen

? *Herr Landtagspräsident, was sind eigentlich Kleine Anfragen?*

Damit Abgeordnete, Fraktionen und Parlamente gegenüber der Exekutive ihrer Kontroll- und Öffentlichkeitsfunktion nachkommen können, haben sie die Möglichkeit, Anfragen an die Landesregierung einzubringen. Im Landtag Nordrhein-Westfalen wird zwischen Großen und Kleinen Anfragen unterschieden. Im Unterschied zu den Großen Anfragen, die nur von Fraktionen oder mindestens sieben Mitgliedern des Landtags Nordrhein-Westfalen eingebracht werden können, können Kleine Anfragen von jedem einzelnen Parlamentarier gestellt werden. Es ist also das Recht jedes Abgeordneten, durch Kleine Anfragen Auskünfte zu Themenbereichen zu erlangen, für die die Landesregierung verantwortlich ist.

In § 88 der Geschäftsordnung des Landtags von Nordrhein-Westfalen ist geregelt, dass Kleine Anfragen von der Landesregierung schriftlich beantwortet werden müssen und dazu keine Beratung im Plenum oder den Ausschüssen stattfindet. Antwortet sie nicht fristgerecht innerhalb von vier Wochen, so setzt die Präsidentin oder der Präsident die Kleine Anfrage auf Antrag der Fragestellerin oder des Fragestellers auf die Tagesordnung der übernächsten Plenarsitzung und fordert die Landesregierung zur mündlichen Beantwortung auf.

5 251 Kleine Anfragen wurden in dieser Wahlperiode bislang gestellt. Das verdeutlicht, dass die Abgeordneten ihr Recht auf Information und Öffentlichkeit ausdrücklich wahrnehmen. Das Fragerecht der Parlamentarier ist eine der Grundlagen ihrer Arbeit: der Gesetzgebung und der Kontrolle der Regierung, die ohne Informationen nicht möglich wäre. Unter anderem sorgen die Kleinen und Großen Anfragen dafür, dass Beweggründe für Entscheidungen in die Öffentlichkeit geraten und dass der Landtag Nordrhein-Westfalen als Landesparlament Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger gewährleistet. Besonders in Zeiten der Corona-Pandemie zeigt dies, dass die Abgeordneten ihrer Verantwortung nachkommen und sich Demokratie und Parlamentarismus bewährt haben. ■

Beschäftigte haben abgeliefert, jetzt sind die Arbeitgeber dran

„Wir regeln das!“ – 20. Landesjugendtag der dbb jugend nrw

Wie steht der öffentliche Dienst in der Corona-Krise da? Welche Schwachpunkte werden offensichtlich? Was muss dringend passieren? Um solche und ähnliche Fragen ging es beim 20. Landesjugendtag (LJT) der Deutschen Beamtenbund-Jugend NRW. Es gab jede Menge Politprominenz, emotionale Momente und eine neue politische Ausrichtung – eigentlich also wie bei jedem LJT – und doch ganz anders.

Nervenzerrn fast bis zum Schluss: Der Termin für den alle vier Jahre stattfindenden Landesjugendtag der Deutschen Beamtenbund-Jugend NRW (dbb jugend nrw) stand schon lange – und doch war aufgrund der Corona-Pandemie fast bis zum Schluss unklar, ob er stattfinden kann. Er fand statt: virtuell anstelle eines eigentlich ersehnten persönlichen Treffens in Bergisch Gladbach. 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren bei der Jubiläumsveranstaltung – es war der 20. Landesjugendtag – dabei.

Öffentliche Veranstaltung mit NRW-Innenminister Herbert Reul

Unter ihnen neben mehr als 60 Delegierten in einer Liveschaltete NRW-Innenminister **Herbert Reul**, Landtagsvertreter wie der Parlamentarische Ge-

schäftsführer von Bündnis 90/ Die Grünen, **Mehrdad Mostofizadeh** (Mdl), oder der Staatssekretär des NRW-Ministeriums für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie, **Christoph Dammermann**. Sogar Ministerpräsident **Armin Laschet** und zahlreiche Ministerinnen und Minister waren dabei, genauso wie die Gewerkschaftsspitzen **Roland Staude** als Vorsitzender des DBB NRW und **Karoline Hermann** als Bundesvorsitzende der dbb jugend – wenn auch coronabedingt nur mit digitalen Grußworten.

Die Pandemie verlange allen unglaublich viel Flexibilität ab – im Gewerkschaftlichen wie auch im Job, sagte **Moritz Pelzer**, Vorsitzender der dbb jugend nrw, zum Auftakt der Veranstaltung. In der Corona-Krise sei der öffentliche Dienst

in besonderer Weise gefragt und habe in dieser Krise – ähnlich wie auch bereits während der Migrationsbewegung im Jahr 2015 – gezeigt, wie verlässlich und anpassungsfähig er funktioniere. „WIR regeln das!“ – das Motto des 20. Landesjugendtages bringe genau dies zum Ausdruck.

Beschäftigten geben ihr Bestes, um Schutz der Bevölkerung sicherzustellen

Zum Thema wurde das nach einer Liveschaltete zu Innenminister Reul dann auch in einer Podiumsdiskussion: Dort berichtete **Susanne Aumann** vom Ordnungsamt Aachen und Mitglied des dortigen Krisenstabs darüber, wie die Beschäftigten seit März vergangenen Jahres unter Dauerstrom stehen, ihr Bestes geben, um den Schutz der Bevölkerung sicherzustellen,



Moritz Pelzer bei der Eröffnung des Landesjugendtages

© dbb jugend nrw (2)

len, aber oftmals bespuckt oder gar körperlich angegangen werden. Der Blick in die Zukunft zeige zudem, dass der Rattenschwanz für die Finanzverwaltung zeitversetzt komme, so **Teresa Jedinat**, die abwechselnd mit **Judith Butschkau** als Mitglieder der Landesjugendleitung und Vertreterinnen der Finanzverwaltung mit auf dem Podium saßen.

In einer inhaltlichen Befragung der Mitglieder, die schon vor der Podiumsdiskussion virtuell stattfand, bemängelten die Mitglieder unter anderem, dass trotz des enormen Extraaufwands im Job in Zusammenhang mit der Pandemie die Wertschätzung manches Arbeitgebers sogar ganz ausblieb. Als problematisch wurde aus Sicht der Mitglieder zudem der Stand der technischen Ausstattung sowie die

Herausgeber: Deutscher Beamtenbund Nordrhein-Westfalen, Ernst-Gnoß-Straße 24, 40219 Düsseldorf, Roland Staude (Vorsitzender), Telefon: 0211.491583-0, Telefax: 0211.491583-10, E-Mail: redaktion@dbb-nrw.de, Internet: www.dbb-nrw.de.

Chefredakteur: Joachim Klein

Redaktion: Mathia Arent-Krüger (MAK), Julia Dalhoff-Schereik (JDS), Markus Klügel (MK) und Malte Poerschke (MP)

Redaktionsschluss: am 15. jeden Monats.

Hinweis: Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar.

Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint zehnmal jährlich. Der Abonnementspreis für Nichtmitglieder des DBB beträgt jährlich 15,90 Euro zuzüglich Postgebühren, der Bezugspreis für das Einzelheft 2,00 Euro, Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag. Für Mitglieder des Deutschen Philologenverbandes ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Verlag: DBB Verlag GmbH, Internet: www.dbbverlag.de, E-Mail: kontakt@dbbverlag.de, Verlagsort und Bestellschrift: Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, Telefon: 030.7261917-0, Telefax: 030.7261917-40.

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen, Telefon: 02102.74023-0, Telefax: 02102.74023-99, E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de, Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen, Telefon: 02102.74023-715, Anzeigenverkauf: Andrea Franzen, Telefon: 02102.74023-714, Anzeigendisposition: Britta Urbanski, Telefon: 02102.74023-712, Preisliste 43, gültig ab 1.10.2020, Ständige Beilage: dbb magazin, ISSN 1438-2989

Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung erachtet. Ein Thema, mit dem sich die Delegierten später noch konkret beschäftigen.

Bessere technische Ausstattung der Auszubildenden und Anwärterinnen und Anwärter

So gaben sie ein klares Votum ab für einen Leitantrag, der ein schnelles Vorantreiben der Digitalisierung beinhaltet.

„Die Corona-Pandemie macht deutlich, wie wichtig dieses Vorhaben ist, und warum wir es mit Hochdruck verfolgen sollten“, betonte Pelzer. In Zukunft will die dbb jugend nrw sich zudem für eine bessere technische Ausstattung der Auszubildenden sowie Anwärterinnen und Anwärter einsetzen. Diese sei im Vergleich zur freien Wirtschaft bei Weitem nicht mehr zeitgemäß.

Daneben nimmt der Leitantrag die Abschaffung befristeter Verträge ins Visier, drängt auf die Besetzung von 13 500 unbesetzten Stellen in NRW und unter anderem auf die Option, Überstunden auszahlen,



Die neue Landesjugendleitung: Susanne Aumann (Mitte) mit ihrem neuen Team von links nach rechts: Nicole Schorn, Teresa Jedinat, Susanne Aumann, Judith Butschkau, Daniel Weber

ansparen oder in Freizeitausgleich umwandeln zu lassen. Zudem wollen die jungen Gewerkschaftler sich unter anderem für eine Reduktion der wöchentlichen Arbeitszeit starkmachen.

Ihre Zustimmung gaben die jungen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes außerdem zu einem Antrag, der sich ebenfalls als Leitantrag mit einem der Kernthemen des gewerkschaftlichen Jugendverbandes der letzten Jahre befasst: der Sicherheit für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Laut diesem wird

man sich in Zukunft dafür starkmachen, dass Behörden auf Basis erprobter Konzepte wie dem des Aachener Modells flächendeckend über Sicherheitskonzepte verfügen. Zudem stellten die jungen Beschäftigten fest, dass die Frage nach Sicherheit immer auch mit der nach zusätzlichem Personal einhergehe. Diese könne die Sicherheit besonders im Außendienst erhöhen. Wichtig sei es daneben, die Verabschiedung des Strafrechts zu erreichen. Übergriffe auf Repräsentanten des Staates müssten konsequent verfolgt werden.

Neue Landesjugendleiterin: Susanne Aumann

Neben weiteren Anträgen zu Themenfeldern wie Jugendarbeitslosigkeit, Dienstrecht oder der Stärkung des Ehrenamtes standen emotionale Momente auf der Agenda: Nach vier erfolgreichen Jahren verabschiedeten sich gleich mehrere Mitglieder des Vorstandes. Moritz Pelzer blickt damit zurück auf eine intensive Zeit des politischen Austauschs und einer überdurchschnittlich hohen Zahl an Kontakten zur politischen Ebene, bei denen er gemeinsam mit den ebenfalls scheidenden Vorstandsmitgliedern **Jennifer Ferdinand, Marcel Huckel** und **Sebastian Schallau** sowie **Saskia Bläsius** als kooptiertes Mitglied viel für den Verband bewegen konnte.

Mit breitem Votum wird nun in Zukunft Susanne Aumann mit einem neuen Team die Geschicke des Verbandes lenken. Die neue Vorsitzende der dbb jugend nrw ist bei der kombi Gewerkschaft beheimatet, kommt aus Aachen und ist dort in leitender Funktion im Ordnungsamt tätig. **MK**